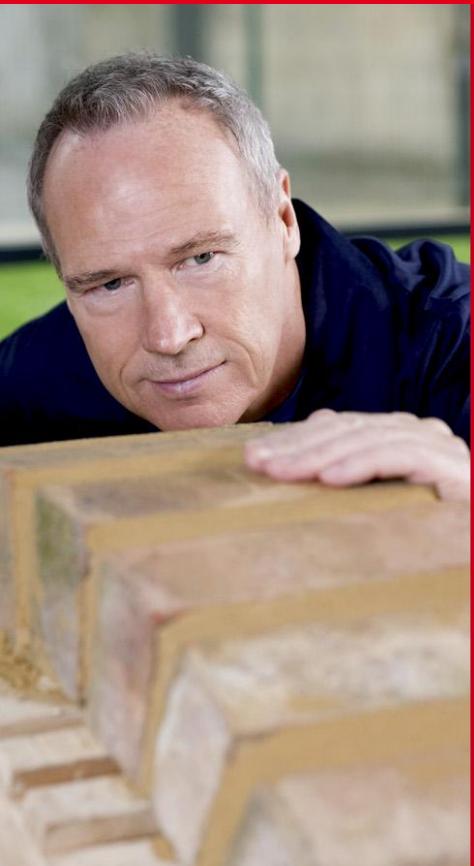


Jahrestagung der DGCC 2010

Peter Weißler, Zentrale der Bundesagentur für Arbeit – 10. Juni 2010



Möglichkeiten und Grenzen im
beschäftigungsorientierten Fallmanagement



Bundesagentur für Arbeit

Agenda

► Ausgangslage

- Weiterentwicklung
 - Ausblick und Grenzen des bFM
 - aktuelle Entwicklungen
-

Ausgangslage – Kunden in beiden Rechtskreisen

SGB II

Arbeitslose: 2.203.000
Langzeitarbeitslose: 41,8%
U25: 8,1%
Ausländer: 18,3%
ohne Ausbildung: 45,3%

eHb: 5.038.000
U25: 898.500
Erwerbstätige: 1.347.000

Hilfebedürftige: 6.894.000

BG: 3.675.000

SGB III

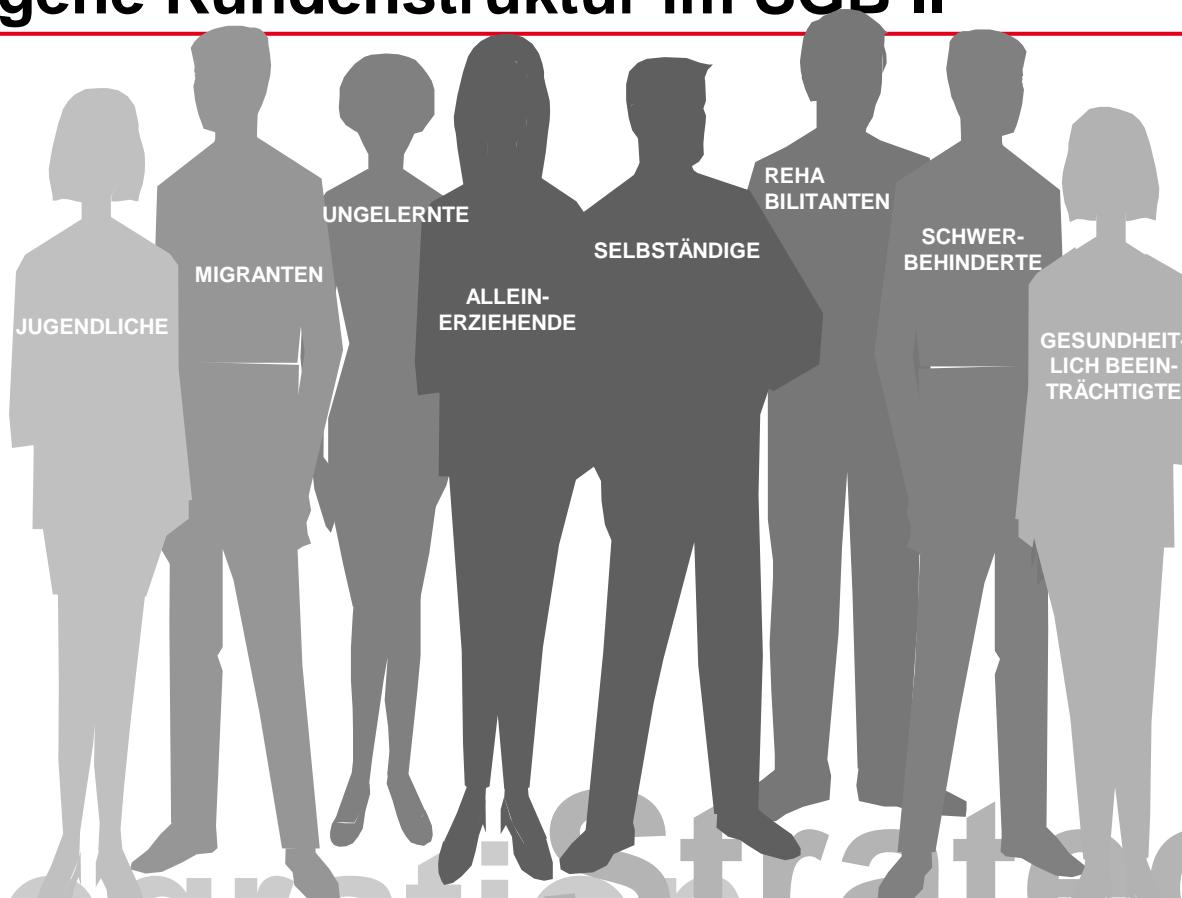
Arbeitslose: 1.038.000
Langzeitarbeitslose: 15,2%
U25: 12,4%
Ausländer: 9,7%
ohne Ausbildung: 19,1%

Alg-Empfänger: 987.700



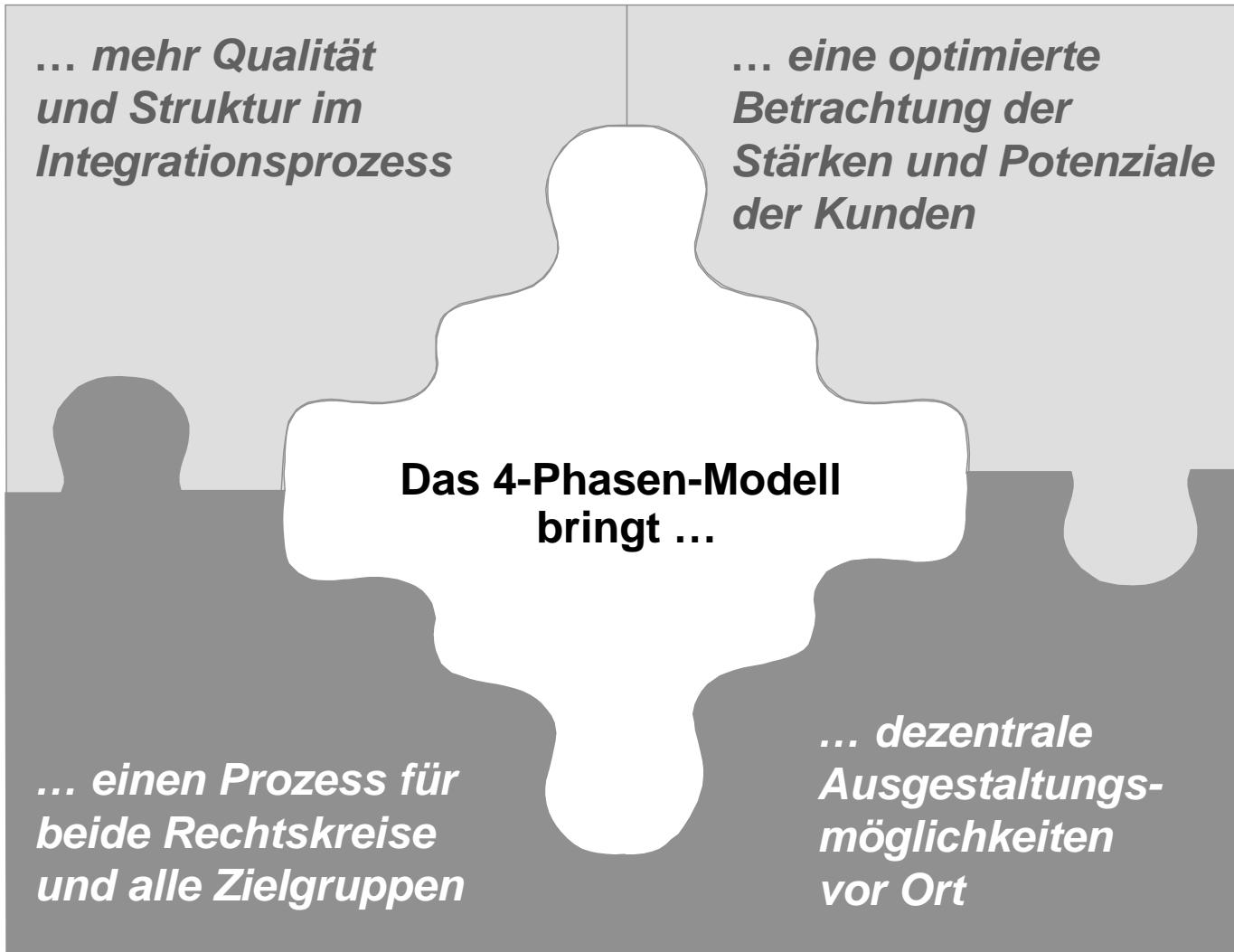
Quelle: Arbeitsmarktbericht der BA Mai 2010

Heterogene Kundenstruktur im SGB II

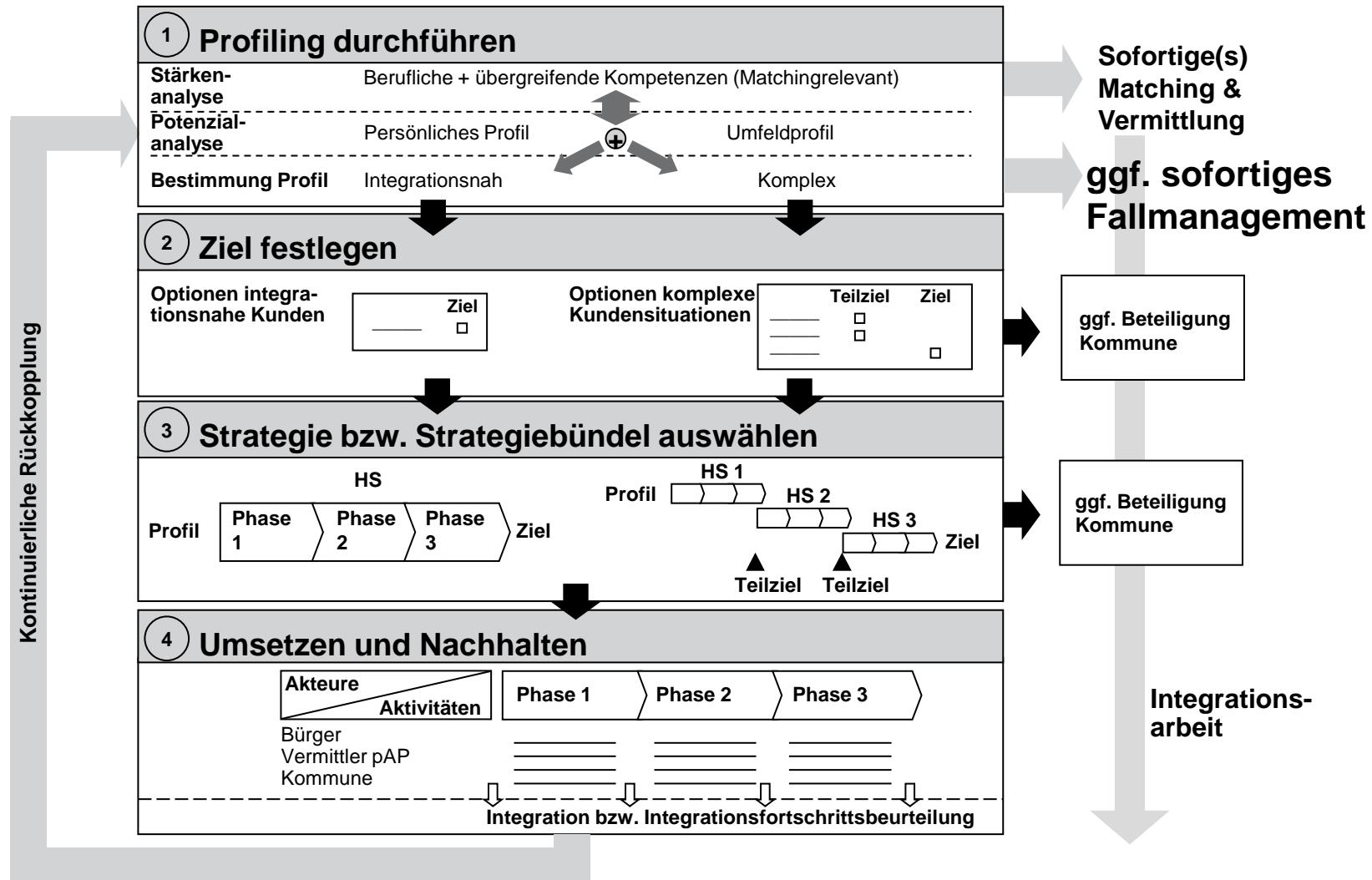


Integrationstrategie
Umsetzen Ziell

Welche Veränderungen bringt das 4-Phasen-Modell?



Überblick 4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit



Handlungsbedarfe führen zu Handlungsstrategien (1/2)

	Handlungsbedarf	Handlungsstrategie (inkludiert Zwischenziel)*	
Qualifikation	Schulische Qualifikation	<input type="checkbox"/> Schulabschluss erwerben <input type="checkbox"/> Berufsausbildung vorbereiten	
	Berufliche Qualifikation	<input type="checkbox"/> Berufliche (Teil-)Qualifikation realisieren <input type="checkbox"/> Absolventenmanagement <input type="checkbox"/> Berufsabschluss erwerben <input type="checkbox"/> Ausländische Bildungsabschlüsse/Qualifikationen/Zertifikate anerkennen	
	Berufserfahrung	<input type="checkbox"/> Berufserfahrung ermöglichen	
	Sprachkenntnisse	<input type="checkbox"/> Deutsche Sprachkenntnisse erwerben bzw. verbessern <input type="checkbox"/> Integrationsrelevante Fremdsprachkenntnisse erwerben	
Leistungsfähigkeit	Intellektuelle Leistungsfähigkeit	<input type="checkbox"/> Leistungsfähigkeit feststellen <input type="checkbox"/> Leistungsfähigkeit fördern	
	Verm. rel. gesundh. Einschränkungen	<input type="checkbox"/> Gesundheitlich angemessene Beschäftigung realisieren	
	Arbeits- und Sozialverhalten	<input type="checkbox"/> Heranführen an das Arbeitsleben (Tagesstruktur herstellen) <input type="checkbox"/> Arbeits- und Sozialverhalten stärken	
Motivation	Eigeninitiative/Arbeitshaltung	<input type="checkbox"/> Perspektiven verändern	
	Lern-/Weiterbildungsbereitschaft	<input type="checkbox"/> Lernbereitschaft fördern	
			Persönliches Profil

Handlungsbedarfe führen zu Handlungsstrategien (2/2)

	Handlungsbedarf	Handlungsstrategie (inkludiert Zwischenziel)	
Rahmenbedingungen	Persönliche Rahmenbedingungen	<input type="checkbox"/> Individuelle Wettbewerbsnachteile ausgleichen	
	Örtliche Mobilität	<input type="checkbox"/> Mobilität erhöhen	
	Wohnsituation	<input type="checkbox"/> Wohnsituation stabilisieren	
	Familiäre Situation und Betreuungsverhältnisse	<input type="checkbox"/> Familiäre Situation stabilisieren <input type="checkbox"/> Betreuungsverhältnisse für Kinder schaffen bzw. ausbauen <input type="checkbox"/> Betreuungsverhältnisse für zu pflegende Angehörige schaffen bzw. ausbauen	
	Finanzielle Situation	<input type="checkbox"/> Finanzielle Situation stabilisieren	

Dezentral	Benennung und Zuordnung zu Handlungsbedarfen erfolgt lokal/dezentral		<input type="checkbox"/> Dezentrale/ Lokale Handlungsstrategie	Umfeldprofil
-----------	--	--	--	--------------

Dezentrale Ausgestaltungsmöglichkeiten von Handlungsstrategien

ÜBERGREIFENDER Referenzrahmen

- Strukturierter Geschäftsprozess als Referenzrahmen
- Fachliche Unterstützung durch strukturiertes Profiling und Handlungsstrategien

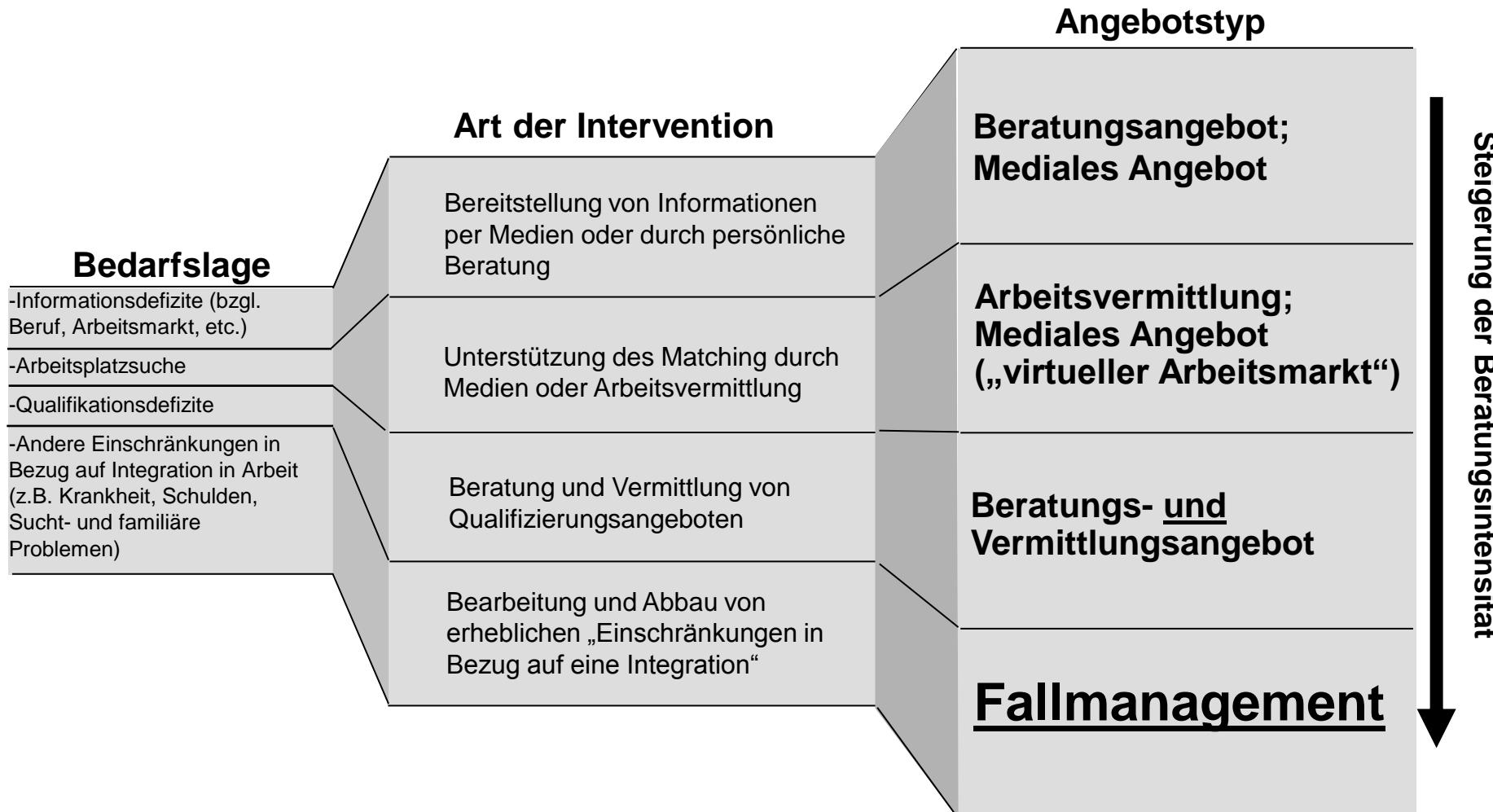
LOKALE Ausgestaltung

- Ergänzung um regionale/lokale Gegebenheiten, z.B. lokale Netzwerke
- Erweiterung um lokal entwickelte Ansätze guter Praxis

INDIVIDUELLE Anwendung

- Geschäftsprozess als Leitfaden für die individuelle Integrationsarbeit
- Erarbeitung eines individuellen Integrationsfahrplans mit dem Kunden

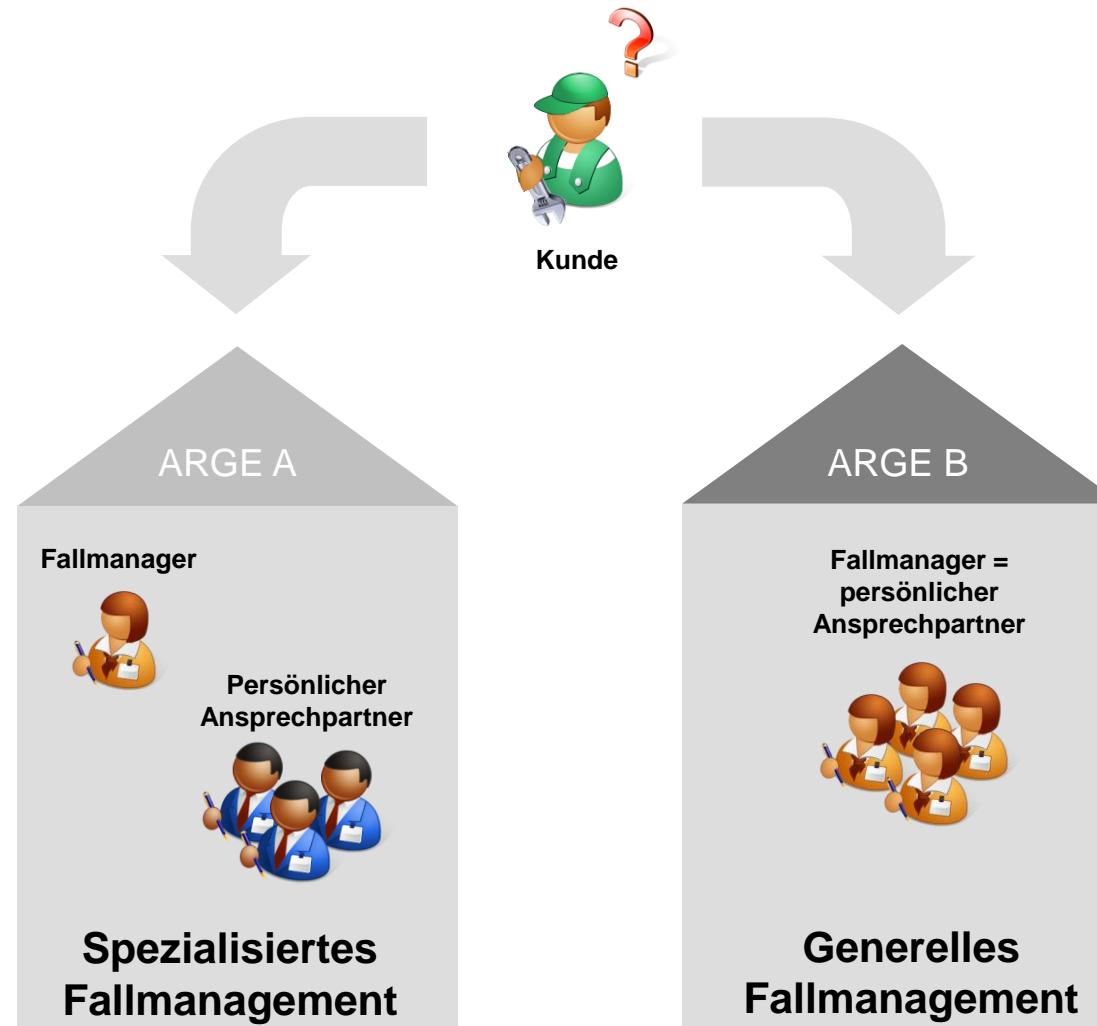
Beschäftigungsförderung im SGB II



Agenda

-
- ▶ Ausgangslage
 - ▶ **Weiterentwicklung**
 - ▶ Ausblick und Grenzen des bFM
 - ▶ aktuelle Entwicklungen
-

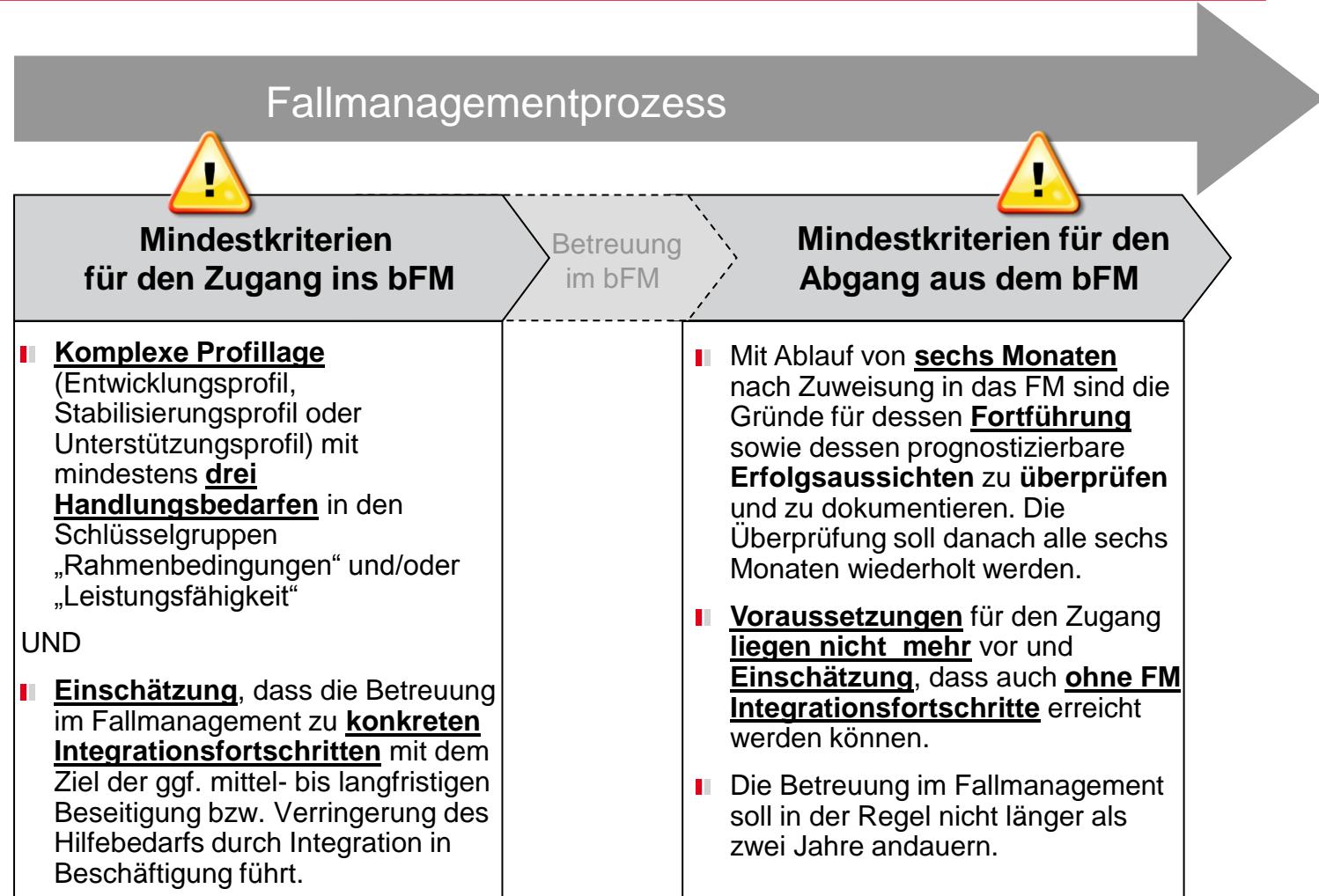
Analyse: weit gefächerte Umsetzungsformen des beschäftigungsorientierten Fallmanagements



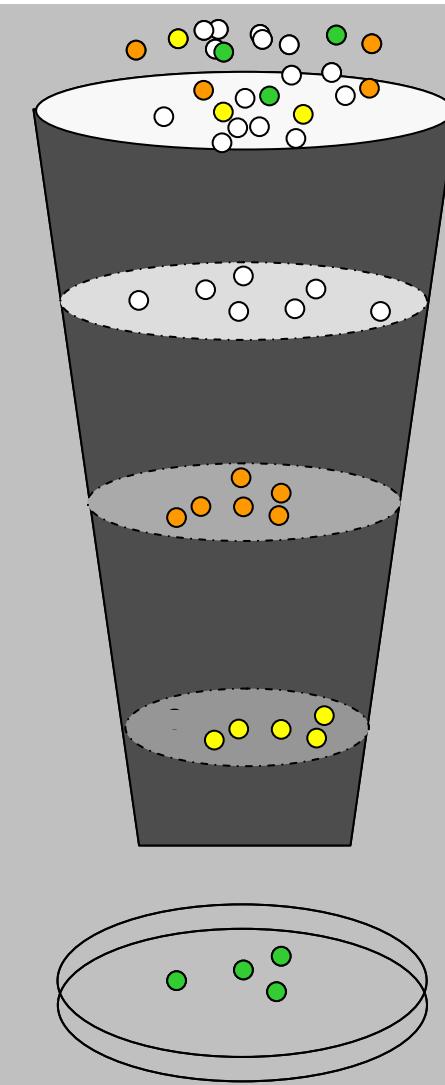
Feststellung eines Weiterentwicklungsbedarfs

- Unterschiedlichste organisatorische und personelle Ausgestaltungen aufgrund dezentraler Umsetzungsverantwortung
- Fehlende, einheitliche Zu- und Abgangskriterien für die Betreuung in bFM zur Bestimmung des maßgeblichen Kundenkreises
- Keine Nutzung der IT-Funktionalitäten zum bFM
- Keine verbindlichen Qualitätskriterien
- Ausbaufähige Einbeziehung von Netzwerkpartnern

Verbindliche Mindestkriterien für den Zu- und Abgang ins bFM



ca. 200.000 Kunden erfüllen die Mindestkriterien für den Zugang in das bFM



Insgesamt 5.074.00 Kunden (eHb) im SGB II

(Formale) Mindestkriterien

für den Zugang zum bFM:

- Komplexe Profillage
- mind. 3 Handlungsbedarfe in den Schlüsselgruppen „Rahmenbedingungen“ und „Leistungsfähigkeit“

Gesamtpotenzial an Kunden, die Zugangskriterien bFM gemäß Geschäftsanweisung erfüllen:

ca. 200.000

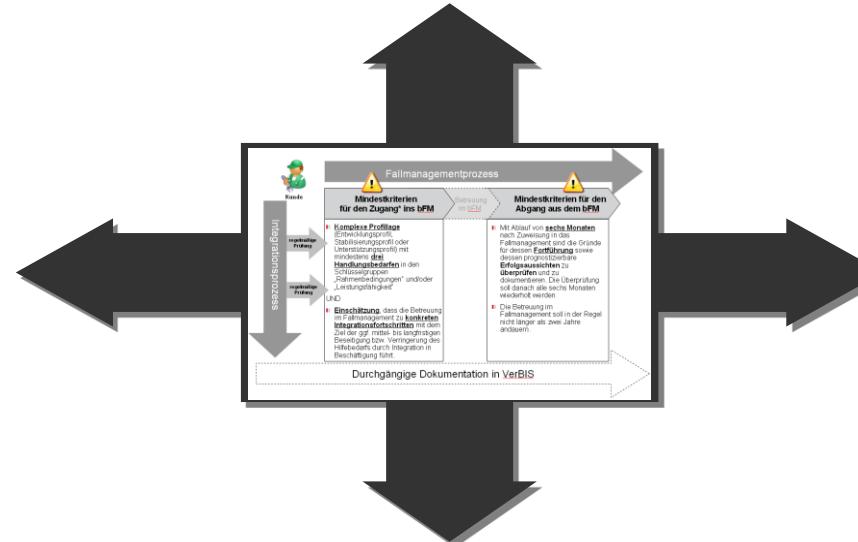
Einstieg in Qualitätskriterien

Die Zu- und Abgangssteuerung entspricht den Kriterien

Die Fallmanagementprozesse weisen die beschriebenen Kernelemente auf

Die Qualifikation der eingesetzten FM entspricht den Anforderungen

Die Falldokumentation bildet den Integrationsprozess unter Einhaltung der Dokumentationspflichten ab



Eine handlungsleitende Umsetzungsstrategie wurde erarbeitet

Die Fallmanagementfunktionalitäten in VerBIS werden genutzt

Agenda

-
- ▶ Ausgangslage
 - ▶ Weiterentwicklung
 - ▶ Ausblick und Grenzen des bFM**
 - ▶ aktuelle Entwicklungen
-

Grenzen des bFM

- Fehlende personelle Ressourcen (quantitativ und qualitativ) für ein hochwertiges Fallmanagement
- Dezentrale Umsetzungsverantwortung der Konzeption durch die Geschäftsführer der ARGEs
- Einfluss der Trägerversammlung
- Kooperationsbereitschaft der Netzwerkpartner
- Umfassende Bereitstellung kommunaler Leistungen nach § 16a SGB II (wie z.B. Schuldner-, Suchtberatung)
- Situation am Arbeitsmarkt

Ausblick

- Überprüfung aller Bestandskunden hinsichtlich Zugang zum bFM bis zum 30.6.2010
- Einführung/Aktualisierung lokaler Umsetzungsstrategien bis 30.6.2010
- Feststellung des Personalbedarfs für ein ausreichendes FM-Angebot
- Verfestigung der Qualifizierungsbemühungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Erarbeitung einer Beratungskonzeption SGB II unter wissenschaftlicher Begleitung
- Überarbeitung des Fachkonzepts zum beschäftigungsorientierten Fallmanagement beginnend Ende 2010

Agenda

-
- ▶ Ausgangslage
 - ▶ Weiterentwicklung
 - ▶ Ausblick und Grenzen des bFM
 - ▶ **aktuelle Entwicklungen**
-

Bundesprogramm „Bürgerarbeit“

- verpflichtende konsequente intensive Aktivierung arbeitsloser eHb (**Phasen 1 – 3**)
- Bei erfolgloser mind. 6-monatiger Aktivierung: Angebot sv- pflichtiger Beschäftigung für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten i.d.R. auf der Basis von 30 Std./Woche (**Phase 4**)
- Förderbetrag von bis zu 1.080 Euro mtl. (900 Euro Zuschuss Arbeitsentgelt/ 180 Euro Sv-Beitrag AG, bei 20 Std./Woche bis zu 600 Euro) für die Dauer von max. 36 Monaten
- intensives begleitendes Coaching der „Bürgerarbeiter“
- Max. sind 33.400 Förderfälle „Bürgerarbeit“ für 3 Jahre Laufzeit möglich
- Start des Programmes am 1.7.2010; Start der „Bürgerarbeit“ am 1.1.2011
- Interessenbekundungsverfahren wurde durchgeführt
- 204 Grundsicherungsstellen haben Interesse bekundet (154 ARGEN, 47 zkT und 3 AAgAW)
- Angebot: **148.413 Aktivierungen** und Schaffung von **32.780 Bürgerarbeitsplätzen**

Eckpunkte Sparvorhaben Bundeskabinett

Auf das SGB II entfallen folgende **vier Sparvorhaben**:

- Ersatz Pflicht- durch Ermessensleistungen: 0,5 Mrd. € in 2011, 1,5 Mrd. € in 2012, 2,0 Mrd. € in 2013 und 2014
- Effizienzverbesserung bei der Arbeitsmarktvermittlung: 1,5 Mrd. € in 2013 und 3,0 Mrd. € in 2014
- Abschaffung des befristeten Zuschlags Alg II: 0,2 Mrd. € 2011 - 2014
- Abschaffung Zuschuss an RV bei Alg II: 1,8 Mrd. € 2011-2014

Nicht zu unseren Leistungen zählen, aber betreffen Alg II-Bezieher:

- Abschaffung Elterngeld bei Alg II: 0,4 Mrd. € 2011-2014
- Wohngeld (Streichung Heizkostenzuschuss): 0,1 Mrd. € 2011-2014

Instrumentenreform (1/2)

Absicht der Bundesregierung lt. Koalitionsvertrag

- effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik
- alle Arbeitsmarktinstrumente müssen mit dieser Maßgabe auf den Prüfstand
- Vielzahl der bestehenden Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduzieren
- hohes Maß an Ermessensspielraum

Kriterien für eine Neuausrichtung aus Sicht der BA:

- **Wirkungsorientierung** (Erhöhung des Eingliederungserfolges, Vermeidung von Mitnahme und Missbrauch)
- **Bürokratieabbau** (Transparenz und dadurch verbessertes Verständnis bei den Kunden, Prozessoptimierung sowie Vereinheitlichung der Arbeitsmittel)
- **Flexibilität** der Ausgestaltung (neue Modelle in der Zusammenarbeit mit Dritten, Vermeidung von unflexiblen Detailregelungen)
- **Individualität** (schnelle Beseitigung von indiv. Vermittlungshemmrisen)
- **Stärkung der dezentralen Handlungskompetenz** (Fachkräfte entscheiden bezogen auf den jeweiligen Arbeitsmarktkontext)

Instrumentenreform (2/2)

Vorschlag für reduziertes Instrumentenportfolio

- Individuelle Integrationshilfen
- Maßnahmen der Arbeitsförderung am Arbeitsmarkt
- Maßnahmen der Arbeitsförderung am Ausbildungsmarkt
- Zuschüsse an Arbeitgeber
- Förderung der Existenzgründung und Stabilisierung von Selbständigkeit
- Qualifizierung beschäftigter Arbeitnehmer
- Öffentlich geförderte Beschäftigung
- Experimentierklausel/Freie Förderung